

BERLIN. Es sind Szenen, die dafür gemacht sind, um die Welt zu gehen: Dutzende Waisenkinder stehen vergangenen Freitag in der Abenddämmerung in Reih und Glied vor einem Kinderheim im ostukrainischen Donezk und warten darauf, nach Russland evakuiert zu werden. Gleich mehrere Kameralleute sind anwesend, um diese Szenen einzufangen.

Die Botschaft, die wenig später auch in Deutschland durch die sozialen Medien und durch kremeltreue Telegram-Kanäle getragen wird: Das friedliche Russland nimmt flüchtende Frauen und Kinder auf, um sie vor den Aggressionen des ukrainischen Militärs zu schützen.

Die große Inszenierung

Für Lutz Güllner ist das Teil einer großen Inszenierung. Güllner ist Leiter der Abteilung für strategische Kommunikation beim Auswärtigen Dienst der EU in Brüssel. Sein Team beobachtet die Gerüchte, die russische Staatsmedien und Propagandakanäle in Europa verbreiten, seit Jahren. Die Bilder, die seit vergangener Freitag im Donbass entstehen, hätten ein Ziel, erklärt Güllner: „Zu zeigen, dass es dort unsicher ist, dass Krieg herrscht und Russland zurückschlagen muss.“

Am Freitagnachmittag hatten die Anführer der selbst erklärten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk in Videoansprachen die Evakuierung der Zivilbevölkerung ins benachbarte Russland angeordnet. Angeblich stehe ein Einmarsch der ukrainischen Armee in die Separatistengebiete unmittelbar bevor.

Auch diese Videos sind offenbar Teil einer geplanten Inszenierung: Wie mehrere US-Journalisten anhand der Metadaten der beiden Videos zeigen konnten, wurden sie bereits zwei Tage zuvor aufgenommen. Einiges deutet darauf hin, dass im Donbass ein Vorwand für eine weitere militärische Intervention Russlands geschaffen werden sollte.

Über russische Staatsmedien, vermeintlich unabhängige Pro-Kreml-Seiten und Social-Media-Kanäle werden die Thesen der russischen Staatsführung und der Separatisten in der Ostukraine auch in Deutschland und anderen westlichen Staaten verbreitet. Die auf der annektierten Krim ansässige Seite News Front etwa präsentiert sich als Nachrichtenagentur und veröffentlicht ihre Artikel teilweise im Minutentakt in elf Sprachen, auch auf Deutsch und Englisch. Die Texte geben ungefiltert die Behauptungen der Separatisten über ukrainische Angriffe und Sabotageversuche wieder und zeichnen das immergleiche Bild: Der Westen und die Ukraine sind die Aggressoren, Russland ist der Retter der friedliebenden Unterdrückten.

Laut Angaben der US-Regierung wird News Front vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB kontrolliert, weshalb die Seite auf einer Sanktionsliste der USA gelandet ist. Es gehe nicht nur um Desinformation und Propaganda, sagt Lutz Güllner, sondern auch um staatliche Informationsmanipulation: „Wir haben es mit gezielten und koordinierten Aktivitäten zu tun, die durch staatliche Stellen organisiert oder finanziert sind.“

Die scharfe Waffe Propaganda

Zweifel säen, Bilder inszenieren: Der Kreml setzt nicht nur im Konflikt mit der Ukraine auf sein weltweites Kampagnennetzwerk.

In Deutschland hat zudem ein neues mutmaßliches russisches Staatsmedium in kürzester Zeit Fuß gefasst.

Die Erben von Russia Today

Seiten wie News Front seien lediglich ein Teil in einem „Ökosystem der Pro-Kreml-Desinformation“, meint Güllner. Ein anderer wichtiger Teil seien die offen agierenden russischen Staatsmedien im westlichen Ausland. Besonders der deutschsprachige Ableger des russischen Staatssenders RT (vormals Russia Today) ist in Deutschland von Relevanz: Seit 2014 ist die Website von RT DE nicht nur ein Verbreitungskanal für die russische Sicht auf die Welt, sondern auch für allerlei Verschwörungstheorien und Falschinformationen.

In der Corona-Pandemie erschließt sich RT DE ein neues Publikum – wenn auch nur noch im Internet: Die Ausstrahlung eines linearen Fernsehprogramms in Deutschland hatte die Rundfunkkommission ZAK kürzlich wegen fehlender Lizenz verboten. Das Kremlmedium steht fest an der Seite derjenigen, die gegen die Corona-Schutzmaßnahmen demonstrieren, und veröffentlicht Hunderte Artikel und Videos, die Zweifel am Nutzen der Impfungen säen. Wegen der Verbreitung von Falschinformationen zum Coronavirus verbannte Youtube RT DE Ende September 2021 von seiner Plattform.

Schon im Oktober aber ging ein neues Medium auf Youtube, Facebook und Twitter, auf Telegram und Odyssee auf Sendung: Infrarot-Medien. Hinter dem Projekt steht der ehemalige Chefredakteur von RT DE, Ivan Rodionov. Bis kurz vor dem Infrarot-Start hatte Rodionov eigenen Angaben zufolge als „Chief Strategy Officer“ des deutschsprachigen Kremlmediums gearbeitet. Am 5. August bereits hatte er

Ivan Rodionov, ehemals Chefredakteur von RT DE, betreibt jetzt die Infrarot-Medien UG.

FOTO: K. SCHINDLER/DPA



„Wir haben es mit Aktivitäten zu tun, die durch staatliche Stellen organisiert oder finanziert sind.“

Lutz Güllner, Auswärtiger Dienst der EU in Berlin

„Der Ukraine-Konflikt ist eine ganz große Ablenkung des Westens von diesem Covid-Kram.“

Jens Zimmer, Moderator der kremlnahen Infrarot-Medien



die Infrarot-Medien UG gegründet. Laut Eintragung im Handelsregister ist Rodionov alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer des Unternehmens, das über Studio- und Büroräume in einem Hinterhof im Berliner Stadtteil Reinickendorf verfügt.

Gemeinsam mit den beiden ehemaligen RT-DE-Mitarbeitern Arthur Buchholz und Jens Zimmer produziert Rodionov dort Videos, die sich in Inhalt und politischer Ausrichtung kaum von dem unterscheiden, was zuvor bei RT DE zu sehen war. Es geht um Corona-Proteste, den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, um Politiker und Politikerinnen der Grünen. Die redaktionelle Linie: Die Corona-Maßnahmen gehören abgeschafft, Russland will Frieden, und der Westen ist der große Aggressor.

In einem Videopodcast erklärt Zimmer etwa, er glaube, der Ukraine-Konflikt sei eine „ganz große Ablenkung von diesem Covid-Kram“, weil die westlichen Staaten „aus dieser Covid-Nummer jetzt raus“ wollten. Die Verantwortlichen für Corona-Schutzmaßnahmen gehörten vor Gericht und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in die Psychiatrie, sagt Zimmer.

Als das Gespräch auf die Proteste und Blockaden gegen die Corona-Maßnahmen in der kanadischen Hauptstadt Ottawa kommt, bedauert Zimmer, dass die Demonstranten dort nicht das Parlament abgesetzt und die Befehlsgewalt über die Polizei an sich gerissen haben. Auch in Deutschland seien viele der von ihm als „Spaziergänger“ bezeichneten Corona-Demonstranten der Ansicht, dass die Regierung und „dieser Parteienstaat“ gestürzt werden sollten, erklärt Zimmer. Er zeigt sich jedoch pessimistisch, dass es in Deutschland wirklich zu einem Sturz der Regierung kommt.

„Im Moment hilft nur Abschreckung“

Herr Merz, schlagen die USA mit ihren sehr konkreten Kriegswarnungen – „Russland will auch die ukrainische Hauptstadt Kiew angreifen“ – den richtigen Ton in dieser Krise an oder erleben wir einen Krieg der Worte?

Ich glaube nicht, dass die USA Erkenntnisse haben, die das wirklich ganz hart unterlegen. Auf der anderen Seite hat es den Vorteil, dass die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf den Konflikt gerichtet ist. Wir brauchen einen engen Schulterschluss mit den USA, und sie brauchen uns. Die USA wissen, dass sie nicht alles allein machen können und es eine Arbeitsteilung mit den Europäern geben muss. Eine zurückhaltende Rhetorik ist immer besser. Wir sollten in unserer Sprache nicht auf eine Situation zusteuern, dass sich Prophezeiungen selbst erfüllen.

Wie kommt Präsident Putin aus dieser Spirale gesichtswahrend wieder heraus, wenn er die Ukraine nicht angreift?

Je größer sein Druck wird, desto weniger steht das, was er erreichen kann, in Relation zu dem, was er tut.



CDU-Chef Friedrich Merz ist Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion. FOTO: IMAGO/BERND ELMENHALER

Was könnte die Situation deeskalieren?

Das ist wahrscheinlich die schwierigste Frage für alle Beteiligten. Auch die Ukraine muss sich an die Abkommen von Minsk halten. Aber gegen diese Aggression von Russland hilft im Augenblick vermutlich nur Abschreckung. Russland muss wissen, dass es einen sehr hohen Preis für einen Überfall auf die Ukraine zahlen muss. Und da kann ich aus der Sicht der vielen Gespräche auf der Münchner Sicherheitskonferenz nur sagen: Putin unterschätzt vermutlich die Entschlossenheit des Westens!

Der Bundeskanzler hat in München von einer Neuverortung Europas und der transatlantischen Allianz gesprochen und eine Stärkung der Bundeswehr in Aussicht gestellt. Rechnen Sie mit einer deutlichen Aufstockung des Verteidigungsetats?

Die Haushaltsberatungen werden für die Koalition sicher sehr schwierig. Dann muss er auf der nationalen Bühne durchsetzen, was er auf der internationalen Bühne versprochen hat. Er nimmt offenbar sehr viel Rücksicht auf die eigene Partei. Er spricht auf Englisch klarer als auf Deutsch. Aber im Bundestag muss er Farbe bekennen, wenn es darum geht, die Zahlen zu liefern.

Noch ein Thema, das nichts mit Sicherheitspolitik zu tun hat, und trotzdem für Aufsehen in München sorgte: das Foto eines Mittagessens amtierender und früherer Topmanager mit ausschließlich Männern um den Tisch. Keine einzige Frau. Muss sich das ändern? Ja, natürlich.

Interview: Kristina Dunz



Wo kommt das Geld her?

Infrarot-Geschäftsführer Rodionov gibt sich seriöser, er ist ein Mann der gewählten Worte. In seinen Videokommentaren geht es oft um die Ukraine und die Rolle des Westens im Konflikt mit Russland. Russische Aggressionen in der Ukraine bezeichnet Rodionov in einem Video als imaginär, der Grund für den lange andauernden Bürgerkrieg sei ja ausgerechnet, dass Russland sich zum großen Leidwesen der Bevölkerung im Donbass heraushalte.

„Allen Beteiligten dieser ‚Der-Russe-kommt-Hysterie‘ ist klar: Russland wird, wenn überhaupt, nur zurückschlagen“, erklärt der Infrarot-Chef im Dezember. Auch zur Stellung Deutschlands in der Welt hat Rodionov eine klare Position: Als ihn der sächsische Kabarettist Uwe Steimle fragt, ob Deutschland ein souveräner Staat sei, antwortet er mit einem klaren „Nein“.

Schützenhilfe bekommt Rodionov zum Sendebeginn seines neuen Mediums von seinem ehemaligen Arbeitgeber: RT DE bewirbt den Infrarot-YouTube-Kanal auf Telegram. Bis Anfang Februar teilt RT DE dort insgesamt zwei Dutzend Mal Videos von Infrarot-Medien.

Ist dieses Medium, in dem ein Sturz der Bundesregierung herbeigeseht wird, ein weiterer Teil im Ökosystem der russischen Staatsmedien? Einiges spricht dafür: die Werbung durch RT DE, die Übernahme mehrerer ehemaliger RT-Mitarbeiter und außerdem die unklare Finanzierung des Unternehmens. In einem Videoliveatream von einer Corona-Demonstration in Berlin am 14. Februar 2022 spricht Infrarot-Mitarbeiter Jens Zimmer über die Finanzen des Mediums. „Wir haben derzeit noch ein Budget“, sagt Zimmer. Und: „Wir können das ungefähr ein Jahr durchziehen. Und ob wir dann weiterma-

chen können, das hängt dann tatsächlich davon ab, ob wir erfolgreich genug waren.“

Miete für Büro- und Studiöräume, Personalkosten für mindestens drei feste Mitarbeiter, Reisekosten und sonstige Ausgaben: Die Kosten für den Betrieb des Medienunternehmens dürften die Werbeerlöse durch Videoveröffentlichungen auf Youtube und anderen Plattformen um ein Vielfaches übersteigen.

Auf Fragen des RND nach dem Jahresbudget und der Fi-

nanzquelle der Infrarot-Aktivitäten reagierte Rodionov kurz vor Redaktionsschluss und stellte eine Antwort für Dienstagabend in Aussicht. Das soziale Netzwerk Twitter sieht es jedoch offenbar als bewiesen an, dass das Unternehmen Teil der „staatsnahen Medien in Russland“ ist.

Twitter stuft das Medium am vergangenen Freitag als solches ein. Nun sind das Profil und jeder Tweet des Unternehmens mit einem entsprechenden Hinweis versehen. Welche

„Ökosystem der Pro-Kreml-Desinformation“: Auf vielen Kanälen läuft die russische Staatspropaganda im Ausland. RND-MONTAGE; FOTOS: GREMLIN/ISTOCK, IMAGO/SERGEY GUNEEV, SCREENSHOTS

Beweise Twitter vorliegen, beantwortete das Netzwerk auf RND-Nachfrage nicht, es verwies lediglich auf seine allgemeinen Richtlinien zur Kennzeichnung entsprechender Nutzerkonten. „Staatsnahe Medien sind Kanäle, bei denen der Staat durch finanzielle Ressourcen, direkten oder indirekten politischen Druck und/oder Kontrolle über Produktion und Vertrieb die Kontrolle über redaktionelle Inhalte ausübt“, heißt es darin.

Putin entscheidet über Anerkennung abtrünniger Republiken als Staaten

Sicherheitsrat in Moskau spricht sich einstimmig für Souveränität von Luhansk und Donezk aus

VON ULF MAUDER

MOSKAU. Der russische Präsident Wladimir Putin wollte noch am Montagabend über die Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk als unabhängige Staaten entscheiden. Das sagte er nach einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats, die live im Staatsfernsehen gezeigt wurde.

Alle Beteiligten, darunter Außenminister Sergej Lawrow und Verteidigungsminister Sergej Schoigu, sprachen sich für die Anerkennung der Regionen aus. Die prussischen Separatistenführer in Luhansk und Donezk hatten Putin zuvor um Beistand im Kampf gegen die ukrainischen Regierungstruppen gebeten. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe stand die Entscheidung noch aus.

Weder die Ukraine noch der Westen brauche den Donbass, hieß es im Sicherheitsrat. Russland sei klar, dass der Schritt angesichts der von Westen angedrohten Sanktionen ernste Folgen haben werde, räumte der stellvertreten-

de Vorsitzende des Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, ein. Es gebe angesichts der Lage aber keine andere Möglichkeit, als die Gebiete anzuerkennen. Der Druck auf Russland werde beispiellos sein. Die Hoffnung sei aber, dass sich der Konflikt danach abkühle.

Medwedew erinnerte an seine Zeit als Präsident, als es 2008 zum Krieg mit Georgien kam. Damals hatte Russland die von Georgien abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien anerkannt und dort Tausende Soldaten stationiert. Seither habe Russland gelernt, mit dem Druck zu leben.

Mehrere Redner erinnerten auch an Russlands Einverleibung der ukrainischen Halbinsel Krim 2014, die Moskau auch gegen Protest des Westens durchgezogen habe. Das russische Parlament hatte in der vergangenen Woche eine Resolution an Putin verabschiedet mit der Bitte um Anerkennung der „Volksrepubliken Luhansk und Donezk“.

Wenige Stunden zuvor hatte der Kreml Hoffnungen auf ein baldiges Treffen von Präsi-

Russland ist klar, dass dieser Schritt ernste Folgen haben wird.

Dmitri Medwedew, Vizevorsitzender des nationalen Sicherheitsrats in Moskau

dent Putin mit seinem US-Kollegen Joe Biden gedämpft. „Es gibt so weit keine konkreten Pläne dazu“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag in Moskau. Grundsätzlich seien Gespräche aber möglich. Dem Weißem Haus in Washington zufolge hat Biden einem Treffen „im Prinzip“ zugestimmt. Der Inhalt solle am Donnerstag von US-Außenminister Antony Blinken und seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow bei einem Treffen bestimmt werden.

Nach Tagen neuer Gefechte im Konfliktgebiet bezeichnete Peskow die Lage als „extrem angespannt. Wir sehen bisher keine Zeichen für eine Entspannung.“ Peskow ging nicht auf eine Journalistenfrage ein, ob Russland militärisch eingreife, sollten die von Moskau unterstützten Separatisten in den Gebieten Donezk und Luhansk um Hilfe bitten. Im Westen wird befürchtet, dass Moskau eine solche Bitte als Vorwand für einen Einmarsch nehmen könnte – und die staatliche Anerkennung nur ein erster Schritt ist.